

Raumplanungsgesetz Im Streitgespräch zum Abstimmungsthema vom 3. März schenken sich die Kontrahenten nichts.

Hintergrund Seite 2

Mali Die EU ist bereit, ein Kontingent von 500 Mann zu entsenden, das die Armee Malis ausbilden soll.

Ausland Seite 3

Ecuador Rafael Correa gewinnt die Präsidentenwahl mit 30 Prozent Vorsprung auf Guillermo Lasso.

Ausland Seite 3



Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

Wirtschaft

Hilcona-Produkte mit Rossfleisch

SCHAAN Die Schweizer Detailhändler Coop, Manor, Volg, TopShop und Avec haben gestern sieben Produkte von Hilcona aus den Regalen genommen. Die Liechtensteiner Firma teilte mit, Rohwaren ihres deutschen Lieferanten Vossoke enthielten möglicherweise Pferdefleisch. Sie habe systematische Fleischanalysen veranlasst.

Seite 5

Wirtschaft

Bei Iberia sind Streiks angesagt

MADRID Die defizitäre spanische Fluggesellschaft Iberia wird bis zum Freitag bestreikt. Das Kabinen- und das Bodenpersonal protestieren in der grössten Arbeitsniederlegung der Geschichte der Airline gegen einen drastischen Sanierungsplan, der den Abbau von 3800 der 20 000 Stellen vorsieht.

Seite 5

Gemeinden

Kägis Antwort auf Kellers Brief

RHEINAU Auf einen fiktiven Brief des ehemaligen Zürcher Staatsschreibers und Dichters Gottfried Keller antwortet nun der angesprochene Regierungsrat: Markus Kägi gibt in einem Brief an Ellinor von Kauffungen blumig Auskunft über die Sicht der Regierung zum Bad, zu Bauständen und zu Bushaltestellen.

Seite 20

Gsaat isch gsaat

«Soll sich denn die Steigkirche <Clientis-Arena> nennen?

Kantonsrat Jürg Tanner zu den Kürzungen der Zahlungen an die Kirchen

ANZEIGE

0848 276 254
Abholdienst & Räumungen
Helfen Sie mit Gutes zu tun:
Spenden Sie uns Ihre Möbel.
brocki.ch

Kantonsrat: Das Sparprogramm ESH3 kann weiter beraten werden

Der Kantonsrat hat gestern eine ausführliche Debatte zum Sparprogramm ESH3 geführt und anschliessend Eintreten beschlossen.

VON ERWIN KÜNZI

SCHAFFHAUSEN Noch selten hat eine Vorlage der Regierung zu einer so langen und ungewöhnlichen Eintretensdebatte geführt wie gestern das Sparprogramm ESH3: Da gab es Brandreden mit klassenkämpferischen Tönen, Herzblutbekenntnisse zu «Sparen statt

Steuern erhöhen», ein Kantonsrat, der sonst immer in Dialekt spricht, wechselte zu Hochdeutsch, ein anderer ging den umgekehrten Weg, und die Empfehlung, die geplanten Kürzungen beim Musikunterricht abzulehnen, wurden dem Parlament singenderweise nahegebracht.

In der Kompetenz der Regierung

Dabei kann der Kantonsrat nur beschränkt über die Sparmassnahmen selber bestimmen, den grössten Teil der Einsparungen von knapp 25 Millionen Franken, die ab 2015 den Staatshaushalt entlasten sollen, kann die Regierung in eigener Kompetenz beschliessen. Der Kantonsrat kommt nur

dort zum Zuge, wo Gesetzesänderungen nötig sind, beispielsweise bei den Beiträgen des Kantons an die Landeskirchen und die Musikschulen sowie an die Altersbetreuungs- und Pflegekosten in den Gemeinden. Konkrete Entscheide dazu werden erst an den nächsten Sitzungen fallen, mit grosser Wahrscheinlichkeit wird hier aber das Volk das letzte Wort haben. Gestern gab es zwei Beschlüsse: Nach einer ausführlichen Debatte sprach sich der Kantonsrat mit 38 zu 8 Stimmen dafür aus, auf das Sparprogramm der Regierung einzutreten. Ein Antrag der SP, die Vorlage an die Regierung zurückzuweisen, wurde mit 29 zu 21 Stimmen abgelehnt. Mehr auf Seite 13

Basler Fasnacht Die drei schönsten Tage Basels locken Tausende an



Stahlblau wölbte sich gestern der Himmel über dem fasnächtlichen Basel. Im Sonnenschein standen Zehntausende am Strassenrand und verfolgten den farbenprächtigen Umzug der Fasnächtler. Die Basler Fasnacht begann aber bereits in der Nacht auf Montag. Schlag vier Uhr erlosch die Strassenbeleuchtung, und die Piccolospieler und die Trommler setzten zum Marsch

«Morgestraich, vorwärts Marsch!» an. Die mitgeführten Fasnachts-, Stecken- und Kopflaternen leuchteten. Im Wiegeschritt zogen die Cliquen durch Strassen und Gassen. Am Abend zogen die Schnitzelbänker durch die Restaurants. Erstmals organisiert wurde auch ein Frauenmarsch unter «75 Joor Frauestroossefasnacht». Bild Key Auswahl von Schnitzelbänken auf Seite 12

Strassenverkehr

In Neuhausen gibt es Umstellungen

NEUHAUSEN Bis der Galgenbucktunnel – und damit die grosse Entlastung für die Neuhauser Strassen – kommt, geht es noch einige Jahre. Doch jetzt hofft der Kanton, zumindest die Lage beim Knoten Kreuzstrasse mit Anpassungen der Lichtsignalanlage verbessern zu können. Bereits ab morgen Mittwoch soll das neue Regime in Kraft treten. Vor allem der Busverkehr aus dem Klettgau soll besser fliessen. (zge) Mehr auf Seite 18

Nachtleben: Städteverband will gegen Exzesse vorgehen

Grosse Probleme bereitet Stadtvätern und -müttern vorab der Alkoholmissbrauch.

BERN Die negativen Begleiterscheinungen des Nachtlebens fordern die Städte heraus. Die Ursache von vermehrten Konflikten sieht der Städteverband etwa darin, dass alkoholische Getränke fast uneingeschränkt zur Verfügung stünden. Die «Über-Alko-

holisierung» sei in allen Städten ein Problem, sagte der Lausanner Sicherheitsdirektor Grégoire Junod (SP) gestern bei der Vorstellung des Berichtes. Das vom Bund geplante Verkaufsverbot von Alkohol im Detailhandel ab 22 Uhr sieht er positiv: «Wenn Städte das wünschen, sollen Verkaufsverbote möglich sein.» Manchmal sei zugunsten der öffentlichen Gesundheit eine Einschränkung der Gewerbefreiheit ... Fortsetzung auf Seite 4

72 Millionen für Vasella

Für Spenden dürften knapp 52 Millionen übrig bleiben

SCHAFFHAUSEN/MÄNNEDORF Von den insgesamt 72 Millionen Franken, welche Novartis ihrem scheidenden Präsidenten Daniel Vasella als Entschädigung wegen des Konkurrenzverbotes über die kommenden sechs Jahre zahlt, dürften nach Abzug von Sozialabgaben und Steuern maximal knapp 52 Millionen für Spenden übrig bleiben. Das zeigt eine vorsichtige Schätzung der «Schaffhauser Nachrichten».

Mittlerweile setzen sich Kleinanleger juristisch zur Wehr: Der Zürcher Rechtsanwalt Hans-Jacob Heitz hat gestern Strafanzeige eingereicht gegen Novartis, die Mitglieder des Vergütungsausschusses und Daniel Vasella. Der Vorwurf: ungetreue Geschäftsbesorgung und unwahre Angaben in kaufmännischem Gewerbe. Heitz beantragt eine Sicherungsmassnahme, damit am Freitag die 72 Millionen nicht durch die Novartis-Generalversammlung beim Traktandum Vergütungsbericht abgesegnet werden können. (rf./sda)

Mehr auf Seite 4

Dutroux

Kindermörder bleibt weiter in Haft

BRÜSSEL Belgiens meistgehasster Verbrecher bleibt hinter Gittern. Die Brüsseler Haftprüfungskammer lehnte gestern den Antrag des 56-Jährigen ab, seine restliche Strafe mit einer elektronischen Fussfessel im Hausarrest abzusetzen. «Eine elektronische Fussfessel wird Herrn Dutroux nicht gewährt», lautete der Entscheid des Gerichts.

Die Gefahr, dass der Sexualstraf-täter rückfällig werde, sei zu gross, hiess es zur Begründung. Dutroux habe absolut keine Aussicht darauf, wieder in die Gesellschaft eingegliedert zu werden. Er war 2004 zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil er sechs Mädchen entführt, vergewaltigt und gefoltert hatte, vier von ihnen starben. Die Morde plus Justizpannen hatten weit über die Grenzen Belgiens hinaus für Aufsehen gesorgt. (afp)

ANZEIGE

Züglied Si gern?

Nei?

Aber mir!

Gebrüder GONZALEZ
Telefon 052 624 52 52 www.gonzalez.ch



Offene Tür im Winter Verschiedene Schaffhauser Geschäfte lassen ihre Türen bei jedem Wetter geöffnet. **Region Seite 17**

Tempi passati Inszenierung im «Haus zur gewordenen Zeit» in Diessenhofen. Man schrieb das Jahr 1923. **Diessenhofen Seite 19**

Gestern im Kantonsrat

Vorsitz Richard Bühler (SP)

► **Matthias Freivogel** (SP, Schaffhausen) ist als Mitglied des Kantonsrats in die **Pflicht** genommen worden.

► Eine **Motion** zum Thema «Zersiedelung stoppen» ist mit 19 zu 29 Stimmen als **nicht erheblich** erklärt worden.

► Der Rat hat mit den Beratungen zum **Entlastungsprogramm ESH3** begonnen. Er beschloss, mit 38 zu 8 Stimmen darauf einzutreten. Ein Rückweisungsantrag an die Regierung wurde mit 29 zu 21 Stimmen abgelehnt.

Sätze zur Situation

Markus Müller
(zu Werner Bächtold): «Du musst jetzt nicht zusammensucken.»

Werner Bächtold
(zu Markus Müller):
«Ich zucke nie zusammen.»

Martin Kessler
«Wir müssen aufpassen, dass wir das Bad nicht mit dem Kind ausschütten.»

Urs Capaul
«Beringen ist das hässlichste Beispiel der Zersiedelung.»

Reto Dubach
«Ich möchte jetzt nicht den Stab über Beringen brechen.»

Till Aders
«Ich muss zugeben, ich habe mich nicht auf dieses Votum vorbereitet.»

Nochmals Werner Bächtold
«Wir sehen ein, dass die Sanierung der Staatsfinanzen eine Operation ist, keine Kugeli-Therapie.»

Christian Ritzmann
«Der Kanton hat in guten Jahren Fett angesetzt, das müssen wir jetzt wieder mühsam abtrainieren.»

Martina Munz
«Besteht eigentlich ein Geheimbund, dass SP-Motionen nicht angenommen werden dürfen?»

Christian Heydecker
«Die sieben fetten Jahre für den Kanton Schaffhausen sind vorbei.»

Erich Gysel, singend
«Stimmt alle mit ein, und stimmt mit mir Nein.»

Iren Eichenberger zum Ersten
«Nach einer Slam-Poetin und einem Kammersänger ist es jetzt schwierig, einfach so zu sprechen.»

Iren Eichenberger zum Zweiten
«Mögen Sie es, wenn Ihre Lasagne wiehert?»

Jürg Tanner
«Soll sich denn die Steigkirche Clientis-Arena nennen?»

Abermals Till Aders
«Die AL wird mit allem, was ihr zur Verfügung steht – und glauben Sie mir, das ist nicht wenig –, gegen dieses Sparpaket antreten.»

Heinz Rether
«Das Volk muss zu ESH3 etwas sagen können, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.»

Rosmarie Widmer Gysel
«Die Regierung ist weder hilflos noch verzweifelt, sonst würden wir nicht mit geradem Rücken hier stehen.»

Martina Munz
«Darum weisen wir die Buchstaben-seuche ESH3 an den Regierungsrat zurück.»

Grosse Eintretensdebatte zu ESH3

Der Kantonsrat diskutierte lange und ausführlich, ob er auf das Sparpaket der Regierung eintreten wolle. Er wollte, mit 38 zu 8 Stimmen.

VON **ERWIN KÜNZI** UND **ZENO GEISSELER**

Seit neun Monaten liegen die Pläne der Regierung auf dem Tisch, wie der Kanton Schaffhausen bis 2016 wieder aus den roten Zahlen kommen soll. Rund 25 Millionen Franken will der Kanton pro Jahr einsparen, mit empfindlichen Folgen für gewisse Bereiche. «Für jeden Entlastungsvorschlag gibt es zahlreiche gute Gründe, weshalb gerade dieser nicht realisiert werden soll. Ich kann dies gut nachvollziehen», sagte Finanzdirektorin **Rosmarie Widmer Gysel** gestern im Kantonsrat in der Debatte des Entlastungsprogramms ESH3. «Aber wenn dort nicht gespart werden kann, dann muss man einfach andernorts sparen. Wir kommen nicht umhin, heute Entscheide zu fällen, die weh tun.»

Das «Wir» in diesem Satz war allerdings rhetorisch, denn tatsächlich fallen mit 74 Massnahmen rund zwei Drittel des Entlastungsvolumens in die Kompetenz der Regierung. Weder Parlament noch Volk können sich also dazu äussern. Dies bemängelte **Werner Bächtold** (SP, Schaffhausen): «In der Bevölkerung wird nicht verstanden, warum bei den 74 Massnahmen niemand korrigierend eingreifen kann.» Es gebe zwar auch sinnvolle Massnahmen, doch letztlich sei ESH3 ein «willkürlich zusammengestelltes Streichkonzert, ein Flickenteppich.» Die SP werde deshalb beantragen, die Vorlage an die Regierung zurückzuweisen.

Christian Ritzmann (JSVP, Schaffhausen) meinte, dass eine Entlastung des Staatshaushaltes dringend notwendig sei. «Der Kanton darf nur so viel Geld ausgeben, wie er auch einnimmt. Aber wir müssen mit den Schaffhausern ehrlich sein: Wir müssen ihnen etwas wegnehmen, was sie heute noch erhalten, das ist schmerzhaft.» Ritzmann machte aber auch etwas anderes klar: «Steuererhöhungen kommen für meine Fraktion nicht in Frage.»

Steuer-Initiative angekündigt

Nach der Pause ging es mit den Fraktionserklärungen weiter. «Die Steuerenkungen holen uns jetzt ein», meinte **Rainer Schmidig** (SVP, Schaffhausen) für die ÖBS/EVP-Fraktion und bemängelte: «Anstatt alle Optionen zu prüfen, hat man sich auf das Sparen konzentriert.» Wie diese Optionen aussehen könnten, machte Schmidigs



Im Mittelpunkt der Spardebatte: Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel, hier mit Kantonsratspräsident Richard Bühler.

Archivbild Selwyn Hoffmann

Fraktionskollegin **Iren Eichenberger** (ÖBS, Schaffhausen) klar: «Je nach Ausgang der Diskussion lanciert die ÖBS eine Volksinitiative zur moderaten Anhebung des Steuerfusses.»

Nicht die Steuerenkungen, sondern die verschlechterte Wirtschaftslage sei schuld, dass der Kanton sparen müsse, sagte **Christian Heydecker** (FDP, Schaffhausen). Da die Erhöhung von Steuern und Gebühren nicht in Frage kommen, bleibe nur das Sparen. «Kürzungen müssen nicht in die Katastrophe führen, das zeigt das Beispiel des Linden-Forums, das sich jetzt nach alternativen Geldquellen umsehen will», betonte Heydecker.

«Beispielloser Kahlschlag»

Für die CVP bemängelte **Theresia Derksen** (CVP, Schaffhausen), beim Sparen seien keine Prioritäten gesetzt worden, zudem sollen Kosten auf die Gemeinden verschoben werden. Da ESH3 verschiedene ungeklärte Punkte aufweise, wolle es die CVP an die Regierung zurückweisen.

Zu eigentlichen Brandreden setzte die Vertretung der AL an. Zuerst sprach **Susi Stühlinger** (AL, Schaffhausen) von einem «beispiellosen Kahlschlag», der die Schwächsten treffe. Von Opfersymmetrie gebe es keine Spur, Schwache und Familien seien betroffen, die Reichen würden privilegiert bleiben. Das Sparpaket könne erst akzeptiert werden, doppelte **Till Aders** (AL, Schaffhausen) nach, wenn der Beitrag der Rei-

chen klar sei. Für **Walter Hotz** (SVP, Schaffhausen) hingegen ging das Sparpaket zu wenig weit: «Die Massnahmen genügen nicht, ich fordere einen unverzüglichen Personalstopp.» Auch **Erich Gysel** (SVP, Hallau) wollte beim Personal sparen: «Bei einer Minusteuerung dürfen die Löhne nicht angehoben werden.» Hingegen solle beim Musikunterricht nicht gespart werden, denn das sei eine Investition in die Zukunft. **Jürg Tanner** (SP, Schaffhausen) machte bei der Regierung Verzweiflung aus: «Sie weiss, dass die Massnahmen nichts nützen und es Steuererhöhungen braucht.» **Peter Neukomm** (SP, Schaffhausen) wehrte sich dagegen, dass Kosten auf die Gemeinden verlagert werden, und **Heinz Rether** (ÖBS, Thayngen) forderte die Bürgerlichen auf, endlich einmal die Wasserköpfe beim Staat, von denen sie bei jeder Gelegenheit reden würden, zu nennen, damit man dort sparen könne.

Massnahmen tragbar

Nach diesem Strauss von Meinungsäusserungen ergriff nochmals Rosmarie Widmer Gysel das Wort. Die Regierung wie die Mehrheit der Spezialkommission seien der Meinung, die Massnahmen von ESH3 seien tragbar. Bevor man überhaupt über Steuererhöhungen reden könne, müsse gespart werden. Was die Erhöhung der Gebühren angehe, so würden diese lediglich knapp 12 Prozent der gesamten Sparsumme umfassen. ESH3 sei ein Entlastungspaket und kein Sparprogramm: «Es geht

um mehr Effizienz und um Leistungsanpassungen.» Und die Verschiebung auf die Gemeinden betrage lediglich rund 40000 Franken, was tragbar sei: «Eine gewisse Solidarität darf verlangt werden.» Daraufhin beschloss der Rat mit 38 zu 8 Stimmen, auf ESH3 einzutreten.

Rückweisung abgelehnt

Einige der Zustimmenden, vor allem auf der linken Seite, hatten sich nur deshalb für Eintreten ausgesprochen, weil es nur so möglich war; ESH3 an die Regierung zurückzuweisen, was **Martina Munz** (SP, Hallau) denn auch beantragte. Sechs Punkte würden dafür sprechen, so unter anderem das Vorgehen der Regierung, die im Vorfeld nicht mit den Betroffenen gesprochen habe, die nicht existierende Opfersymmetrie, die Zusatzkosten für die Gemeinden sowie der massive Bildungsabbau. **Markus Müller** (SVP, Löhningen) stellte als Präsident der vorbereitenden Kommission den Gegenantrag. Eine Rückweisung bringe nichts, könne doch die Regierung viele Massnahmen selber umsetzen, was sie auch bereits getan habe. Der Rückweisungsantrag wurde mit 29 zu 21 Stimmen abgelehnt. An der nächsten Sitzung vom 4. März wird jetzt konkret über die Kürzungen bei Landeskirchen und Musikunterricht sowie die Verlagerung von Kosten beim Alters- und Pflegegesetz auf die Gemeinden beraten. In diesen Punkten dürfte allerdings das Volk das letzte Wort haben.

Motion zur Zersiedelung klar abgelehnt

Die Ratsmehrheit glaubt nicht, dass der Kanton mehr tun muss, um die Siedlungsentwicklung zu steuern.

VON **ZENO GEISSELER**

Schaffhausen zieht viele Neuzuzüger an, in Gemeinden wie Beringen entstehen zahlreiche neue Häuser. Die Schattenseite dieses Booms ist, dass der Druck auf die wenig verbauten, weiträumigen Landschaften im Kanton zunimmt. Kantonsrätin **Martina Munz** (SP, Hallau) forderte deshalb in einer Motion, dass der Kanton der Zersiedelung Einhalt gebiete und dass die Entwicklung der Bauzonen und Siedlung

gemeindeübergreifend abgestimmt werde. Es sei zwar so, dass der Kanton die Absicht habe, entsprechende Massnahmen zu ergreifen, doch fehle es an griffigen Massnahmen im Baugesetz, um tatsächlich etwas dagegen zu tun. Dieses sei deshalb anzupassen.

Mit diesen Vorschlägen stiess Munz aber sowohl bei der bürgerlichen Parlamentsmehrheit als auch bei der Regierung auf taube Ohren. «Die Motion verlangt wieder einmal einen Eingriff in die gewachsenen Zuständigkeiten von Kanton und Gemeinden», sagte **Hans Schwaninger** (SVP, Beringen) namens seiner Fraktion. «Ich frage mich, wo Martina Munz im Kanton überhaupt eine Zersiedelung sieht?» Gerade in Beringen würden Grossüberbauungen für bis zu 90 Personen gebaut, das sei

doch genau die verdichtete Bauweise, die man immer fordere. **Martin Kessler** (FDP, Trasadingen) gestand der Motionärin zwar zu, dass es sich um ein «sehr populäres und wichtiges Thema» handle. Doch die Zeichen der Zeit seien bereits erkannt, der neue Richtplan stehe und die Revision des Baugesetzes werde folgen, weshalb auch seine Fraktion die Motion mehrheitlich ablehnen werde.

Baudirektor **Reto Dubach** betonte, dass die Regierung die Stossrichtung der Motion unterstütze, doch habe sie bereits Massnahmen eingeleitet. Und: «Wir haben genügend Bauzonen für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Wir verfügen über genügend Bauzonen, aber nicht über zu viele. Es wird also keine wesentlichen zusätzlichen Einzonun-

gen geben, aber auch keine wesentlichen Auszonungen. Im Vordergrund stehen Umzonungen.»

Urs Capaul (ÖBS, Schaffhausen) hingegen hielt fest, dass seine Fraktion die Motion mittragen werde, denn «bei der Raumplanung funktioniert die Gemeindeautonomie nicht: Wer stimmt einer Einzonung nicht gerne zu, wenn er dafür später weniger Steuern bezahlen muss?» Doch dies sei kurzfristig gedacht, die «Schönheit der Landschaft ist auch ein Kapital für die Zukunft». **Till Aders** (AL, Schaffhausen) ergänzte, es könne nicht sein, dass einzelne Gemeinden etwas täten, ohne es mit den Nachbarn abzusprechen.

Dann kam die Abstimmung. Die Motion wurde mit 19 zu 29 Stimmen als nicht erheblich erklärt.